

Gemeinde Schondorf am Ammersee



NIEDERSCHRIFT über die öffentliche

Sitzung des Gemeinderates Schondorf am Ammersee

vom 15. März 2023
im Sitzungssaal des Rathauses Schondorf

Vorsitz:

Erster Bürgermeister Alexander Herrmann

Der Vorsitzende erklärte die Sitzung um 19:30 Uhr für eröffnet. Er stellte fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und dass Zeit, Ort und Tagesordnung für die öffentliche Sitzung ortsüblich bekanntgemacht worden ist. Die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt. Der Gemeinderat Schondorf ist somit beschlussfähig.

Gremiumsmitglieder:

Bemerkung:

Martin Wagner
Thomas Betz
Michael Deininger
Andreas Ernst
Helga Gall
Rudi Hoffmann
Bettina Hölzle
Rainer Jünger
Luzius Kloker
Franziska König
Sabine Pittroff
Marius Polter
Simon Springer
Stefanie Windhausen-Grellmann

ab 19:33 Uhr anwesend, ab TOP 2 öS

Entschuldigt sind

Anna Klink
Wolfgang Schraml

Weiterhin anwesend:

Tobias Bihlmaier
Edith de Bortoli
Claudia Drischberger
Andreas Hanel

Brücke Oberland
Ltg. Kindergarten
Ltg. Kinderkrippe
Kämmerer

Öffentliche Sitzung:

1. Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 01.03.2023, öffentlicher Teil
2. Bericht über Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung
3. Vorstellung "Angebot Trägerschaft Mobile Jugendsozialarbeit/Streetwork" durch Herrn Bihlmaier, Brücke Oberland e.V.
4. Feststellung der Jahresrechnung 2022 mit Kulturstiftung Rose; Bericht der örtlichen Rechnungsprüfung; Entlastung der Jahresrechnung mit Kulturstiftung Rose für das Jahr 2022
5. Haushaltsplan 2023
 - 5.1 Haushaltsplan, Haushaltssatzung, Stellenplan 2023
 - 5.2 Finanzplan und Investitionsprogramm 2021 - 2026
 - 5.3 Entnahme aus der allgemeinen Rücklage 2023
6. Antrag auf Vorbescheid; Neubau eines Einfamilienhauses; Sonnenleite 8; Fl.Nr. 332 Gem. Unterschondorf
7. Widmung öffentliche Verkehrsflächen Prixgelände, Fl.Nr. 154/4, 154/12, 154/17, 154/18, 154/19, 157/3, 157/3 (Teilbereich nördliche Ringstr. BAII) – muss noch umgewidmet werden), 157/8, 332/45, 332/39, 332/41, Gemarkung Oberschondorf
8. Hybrid-Sitzungen; Anschaffung der Hard- und Software
9. Abschaffung Spätdienst (16.00 - 17.00 h) in der KiTa Schondorf
10. Wartung der Hebeanlage im Rathaus durch die Fa. PK-Pumpenservice; Nachtrag zum Auftrag
11. Vergabe von Straßenkehrarbeiten 2023 im reduzierten Umfang
12. Zuschussantrag von GemeINSAM für den Arbeitsplatz des Sozialmobilmfahrers
13. Ernennung eines Beauftragten für das "Bürgerbudget"
14. Informationen an den Gemeinderat / Verschiedenes
15. Bericht über den Sitzungsvollzug der letzten Gemeinderatssitzung, öffentlicher Teil
16. Verschiedenes, Wünsche und Anträge

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Es wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Öffentliche Sitzung

1. Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 01.03.2023, öffentlicher Teil

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift vom 1. März 2023, öffentlicher Teil, wird vollinhaltlich anerkannt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
14	14	14	0

2. Bericht über Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung

Sachverhalt:

keine

3. Vorstellung "Angebot Trägerschaft Mobile Jugendsozialarbeit/Streetwork" durch Herrn Bihlmaier, Brücke Oberland e.V.

Diskussionsverlauf:

Herr Bihlmaier von der Brücke Oberland e.V. stellt sich und das „Angebot Trägerschaft Mobile Jugendsozialarbeit/Streetwork“ vor.

Der Finanzierungsbedarf der Trägerschaft beläuft sich auf 85.500 Euro/ Jahr für eine volle Stelle (39h/Wo.). Dieser Betrag ist ein Pauschalangebot.

Seitens des GR besteht der Wunsch, erst den genauen Bedarf zu ermitteln und daraus dann die vertragliche Bindung abzuleiten.

Für die weiteren Gespräche mit Utting und Diessen soll zunächst von 10/Std. pro Woche für die Gemeinde Schondorf ausgegangen werden. BGM Alexander Herrmann fragt ein 2. Stimmungsbild ab.

Stimmungsbild: Wer ist dafür, dass es im nächsten Schritt eine Zusammenarbeit von z.B. 10 Std./Wo. in der Gemeinde Schondorf begrenzt auf vorerst 2 Jahre geben soll?

Ja: 12 Nein: 3

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, im Zusammenhang mit der Beschäftigung eines Streetworkers die Kooperation mit der Brücke Oberland e.V..

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
15	15	12	3

Beschluss:

Der Gemeinderat ermächtigt Herr BGM Herrmann zu weiteren Gesprächen mit den Gemeinden Utting am Ammersee und Dießen am Ammersee. Der Bedarf von Schondorf soll zunächst mit 10 Std./Woche angenommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
15	15	12	3

4. Feststellung der Jahresrechnung 2022 mit Kulturstiftung Rose; Bericht der örtlichen Rechnungsprüfung; Entlastung der Jahresrechnung mit Kulturstiftung Rose für das Jahr 2022

Sachverhalt:

Das Haushaltsjahr 2022 gestaltete sich äußerst erfolgreich.

In diesem Jahr konnten dem Vermögenshaushalt 635.106,08 (Vorjahr - 289.313 €) zugeführt werden. Im Haushaltsplan war noch eine Zuführung vom Vermögenshaushalt in Höhe von 363.600 € (Vorjahr 1.684.300 €) vorgesehen. Die erforderliche Mindestzuführung von 221.768 € konnte erreicht werden. Die erforderliche Mindestzuführung von 221.768 € konnte erreicht werden.

Diese positive Entwicklung ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass bei der Gewerbesteuer Mehreinnahmen in Höhe von 258.436 € erzielt wurden und die neuen Kindergartengruppen erst 2023 in Betrieb genommen werden. Dies spiegelt sich im Deckungskreis 1 Personal wieder, in dem 332.558,68 € weniger ausgegeben wurden.

Der Schuldenstand beträgt zum 31.12.2022 2.207.486,00 €. Es wurden 221.768 € ordnungsgemäß getilgt.

Zu berücksichtigen ist, dass für das Prixgeländedarlehen, das 2024 mit einer Restschuld von 1.000.000 € fällig wird, ein Bausparvertrag mit 1.000.000 € abgeschlossen wird. Dieser Betrag wird in den Rücklagen dokumentiert.

Es sind Negativzinsen in Höhe von 19.899,18 € (Vorjahr: 30.513,81 €) angefallen.

Der allgemeinen Rücklage wurde 6.600.312,50 € entnommen und 5.427.806,92 € zugeführt. Die gesetzliche Mindestrücklage wurde um 6.950,00 € auf 98.450,00 € erhöht. Der Rücklage Mittel zur Tilgung von Krediten, die mit dem Gesamtbetrag fällig werden, wurden mit dem Bausparvertrag 1.000.000 € und der Sonderrücklage Rosestiftung erstmalig 26.735,49 € zugeführt.

Bei der Verkehrsüberwachung gab es eine Unterdeckung von 209,00 € (Vorjahr 10.466,80 €).

Die Gemeinde Schondorf verfügt zum 31.12.2022 über mehr Rücklagen als sie Verbindlichkeiten hat.

Zuführungen zum Vermögenshaushalt der letzten 20 Jahre:

2002	- 143.600,00 €	- 153.970,57 €
2003	62.850,00 €	529.004,24 €
2004	- 82.650,00 €	249.571,16 €
2005	4.550,00 €	267.288,58 €
2006	260.900,00 €	805.068,16 €
2007	354.050,00 €	1.741.250,12 €
2008	683.600,00 €	1.160.295,78 €
2009	0,00 €	678.926,59 €
2010	0,00 €	653.620,26 €
2011	79.100,00 €	303.926,56 €
2012	549.150,00 €	1.069.617,19 €
2013	720.000,00 €	1.846.521,76 €
2014	388.550,00 €	943.268,56 €
2015	477.350,00 €	1.020.311,11 €
2016	479.050,00 €	767.153,06 €
2017	175.100,00 €	541.455,64€
2018	95.150,00 €	486.158,96€
2019	205.450,00 €	1.279.344,54€
2020	208.650,00 €	37.022,33€
2021	- 1.673.300,00 €	- 289.313,00€
2022	- 363.600,00 €	635.106,08€

Stiftung Rose:

Für die Stiftung wurden folgende Einnahmen erzielt:

Mieten und Pachten	21.432,00 €
Spende für Studio Rose der Sparkassenstiftung	500,00 €
Summe	21.932,00 €

Die Einnahmen der Haushaltsstelle 3211.1100 und 84,00 € bei der Haushaltsstelle 3211.1760 betreffen nicht die Stiftung, sondern das Kulturbudget.

Die Ausgaben belaufen sich auf

.5000 Gebäudeunterhalt	1.740,70 €
.5200 Geräte, Ausstattung	1.387,71 €
.5400 Heizkostenabrechnung 2021	234,73 €
.5402 Heizkosten, Miete Mengenzähler Heizkostenverteiler	4.522,93 €
.5404 Strom, Wasser, Kanal	5.666,35 €
.5700 Website Studio Rose	36,00 €
.5701 Website Studio Rose, Displaykarton gehört zu Kulturetat	12,00 €
.5710 Dauergrabpflege Grab Rose	216,00 €

.6400 Versicherungen Roseanwesen und Rosebilder	2.375,61 €
.6800 Kalkulatorische Abschreibung	2.980,46 €
Summe	19.172,46 €

Die Kalkulatorische Verzinsung wird nicht in Ansatz gebracht, da das Anlagevermögen größtenteils aus Finanzmitteln der Stiftung stammt.

Somit ergibt sich ein Überschuss von 2.759,51 €. Dieser Betrag wird im Jahr 2023 der Stiftungsrücklage zugeführt.

Angefallene über-/außerplanmäßige Ausgaben:

Haushaltsstelle	Grund	über-/außerplanm.
Ausgaben		
020.5700	Mehrausgaben Einhorn und Pflege Homepage	2.583,88 €
130.5501	Mehrausgaben Fahrzeug First-Resp. (Funkladestation)	184,61 €
160.7000	Mehrausgaben Bewirtschaftung Wasserwachtsgebäude	585,47 €
211.6390	Mehrausgaben Schülerbeförderung, Schulweghelfer	978,00 €
213.6720	Mehrausgaben Schulverbandsumlage Mittelschulen	599,00 €
321.5001	Ausgaben Fundamente Römische Villa (Kulturbudget)	
	(neue Haushaltsstelle)	2.800,00 €
321.5701	Mehrausgaben Kunstausstellungen (auch Budget)	2.288,90 €
321.5702	Mehrausgaben Kulturbudget)	7.005,34 €
321.7170	Zuschuss für Aufführung Fliegender Holländer	
	(neue Haushaltsstelle)	1.500,00 €
3211.5710	Grabpflegekosten Grabstätte Rose (Stiftung)	
	(neue Haushaltsstelle)	216,00 €
340.7170	Mehrausgaben Zuschuss 6. Tag offenen Haus/Hofkapellen	150,00 €
355.5700	Mehrausgaben Kreisseniorennachmittag	0,46 €
355.7170	Mehrausgaben Fachkraft Seniorenarbeit	9.754,15 €
370.7000	Mehrausgaben kirchliche Institutionen	105,00 €
460.7000	Mehrausgaben Sicherheitsdienst Sammerseefestival	833,20 €
464.7000	Mehrausgaben Zuschüsse an andere Kindergärten	153.411,30 €
470.7000	Mehrausgaben Zuschüsse an soziale Einrichtungen	300,00 €
610.6550	Mehrausgaben Bebauungspläne, Bauberatung	3.329,60 €
630.5500	Mehrausgaben Reparaturen Gemeindefahrzeuge	21.705,17 €
630.5700	Mehrausgaben Stellenausschreibung Bauhof	2.138,98 €
675.5800	Mehrausgaben Straßenreinigung	6.353,01 €
750.5700	Mehrausgaben Grab öffnen und schließen (wird weiterverrechnet – neue Verrechnungsmethode)	2.961,92 €
790.5700	Mehrausgaben Tourismus Gutachten Luftkurort und Panoramatafel (Bürgerbudget)	2.430,81 €
880.5700	Mehrausgaben Ausschreibung Strom und Prüfung einer Möglichkeit der Mietzubeschussung	13.546,37 €
910.8600	Mehrausgaben Zuführung an Vermögenshaushalt	635.106,08 €

340.9350	Kauf Pavillion, Tische, Bänke für die allgemeine Verwendung (Kein Ansatz)	1.187,29 €
370.9870	Mehrausgaben Zuschuss St.-Anna-Kirche (Beschluss 01.12.2021) insges. 45.000 €	15.000,00 €
550.9870	Mehrausgaben Prüfung Erbaupachtvertrag Sportverein und Wasserzählerschacht (kein Ansatz)	9.508,31 €
560.9402	Mehrausgaben Wandleranlage Photovotaikanlage Sporthalle (neue Haushaltsstelle wegen Umsatzsteuer)	12.162,05 €
590.9350	Mehrausgaben Himmelsliegen Seeanlage (Bürgerbudget)	1.200,00 €
910.9100	Mehrausgaben Zuführung an allgemeine Rücklage	4.895.006,92 €
910.9110	Zuführung Rücklage Bausparvertrag	1.000.000,00 €
910.9900	Provision Bausparvertrag	11.000,00 €
060.6800	Mehrausgaben Kalk. Abschreibung Rathaus	222,98 €
060.6850	Mehrausgaben Kalk. Verzinsung Rathaus	229,00 €
140.6800	Mehrausgaben Kalk. Abschreibung Katastrophenschutz	442,40 €
140.6850	Mehrausgaben Kalk. Verzinsung Katastrophenschutz	173,00 €
160.6800	Mehrausgaben Kalk. Abschreibung Rettungsdienste	582,91 €
160.6850	Mehrausgaben Kalk. Verzinsung Rettungsdienste	73,00 €
211.6800	Mehrausgaben Kalk. Abschreibung Schule	4.194,52 €
211.6850	Mehrausgaben Kalk. Verzinsung Rettungsdienste	682,00 €
350.6800	Mehrausgaben Kalk. Abschreibung Blaues Haus	37,79 €
350.6850	Mehrausgaben Kalk. Verzinsung Blaues Haus	32,00 €
355.6800	Mehrausgaben Kalk. Abschreibung Bürgerzentrum	305,67 €
355.6850	Mehrausgaben Kalk. Verzinsung Bürgerzentrum	35,00 €
460.6850	Mehrausgaben Kalk. Verzinsung Jugendhaus	196,00 €
464.6800	Mehrausgaben Kalk. Abschreibung Kindergarten	2.190,37 €
464.6850	Mehrausgaben Kalk. Verzinsung Kindergarten	2158,00 €
550.6800	Mehrausgaben Kalk. Abschreibung Sportgebiet	167,62 €
550.6850	Mehrausgaben Kalk. Verzinsung Sportgebiet	56,00 €
560.6800	Mehrausgaben Kalk. Abschreibung Sporthalle	12.143,20 €
560.6801	Mehrausgaben Kalk. Abschreibung Sportanlagen	2.198,18 €
560.6850	Mehrausgaben Kalk. Verzinsung Sporthalle	9.814,00 €
560.6851	Mehrausgaben Kalk. Verzinsung Sportanlagen	1.367,00 €
590.6800	Mehrausgaben Kalk. Abschreibung Seeanlage/Segelsteg	513,75 €
590.6850	Mehrausgaben Kalk. Verzinsung Seeanlage/Segelsteg	457,00 €
620.6850	Mehrausgaben Kalk. Verzinsung Prixgelände	299,00 €
690.6800	Mehrausgaben Kalk. Abschreibung Gewässer	10.815,28 €
690.6850	Mehrausgaben Kalk. Verzinsung Gewässer	1.984,00 €
750.6800	Mehrausgaben Kalk. Abschreibung Friedhof	84,77 €
750.6850	Mehrausgaben Kalk. Verzinsung Friedhof	66,00 €
771.6800	Mehrausgaben Kalk. Abschreibung Bauhof	366,62 €
771.6850	Mehrausgaben Kalk. Verzinsung Friedhof	228,00 €
880.6800	Mehrausgaben Kalk. Abschreibung gdl. Anwesen	4.642,16 €

Bericht der örtlichen Rechnungsprüfung vom 23.02.2023

Stellenplan eingehalten? Prüfen wir nur die Überschreitungen? Was passiert bei Unterschreitung? Neben dem am Anfang d. Jahres beschlossenen Stellenplan, bräuchten wir zur Prüfung auch den IST-Stellenplan?

Stellenplan wurde eingehalten und durch den Deckungskreis 1 abgedeckt.

Der aktuelle Stellenplan und der Deckungskreis 1 ist als Anhang beigelegt.

Gab es bereits Erlasse?

Es gab keine Erlasse.

Fragen zur Vermögensübersicht; Wertminderung d. Abschreibung z.B. Rose – wie wird dies in der Kameralistik gebucht?

Die Kulturstiftung Rose wird von der Gemeinde Schondorf am Ammersee verwaltet. Somit wird sie im Haushalt der Gemeinde unter der Gliederungsnummer 3211. veranschlagt. Dies bedeutet, dass sie kameral gebucht wird.

In der Vermögensübersicht erscheinen keine Restbuchwerte; werden rausgenommen, wenn zu 100 % abgeschrieben, siehe beiliegende Anlagenübersicht.

Hund Tyson verursachte im Jahr 2022 Kosten in Höhe von 3.089 Euro, wieso zahlt dies die Gemeinde?

Die Verwaltungsgemeinschaft Schondorf am Ammersee ist als Sicherheitsbehörde der Gemeinde Schondorf am Ammersee sachlich und örtlich zuständig. Sie wird im eigenen Wirkungskreis tätig, weil es sich hier um eine örtliche Gefahr der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung handelt. Es soll eine lokale Gefahrenquelle entschärft werden.

Der Hund Tyson ist wegen vermehrten Vorfällen, bei welchem er alleine durch Schondorf lief und dabei Passanten oder fremde Hunde anbellte, diese stellte oder sogar die Verfolgung aufnahm, und im Verlauf der beiden Jahre auch andere Hunde gebissen hat, behördlich auffällig geworden.

Die Verursacherin bestreitet hierfür haftbar zu sein und hat einen Anwalt eingeschaltet. Die Gemeinde muss nun entscheiden, ob dies im Klageverfahren eingefordert werden soll.

Pachtzinsen der landwirtschaftlichen Pachtverträge unterschiedlich, warum?

Die Pachtverträge sind zu unterschiedlichen Daten in unterschiedlichen Jahren abgeschlossen worden. Als Pachtzins wurde dann der jeweils zu dieser Zeit übliche Pachtzins vereinbart. Daher resultieren die unterschiedlichen Summen. Insgesamt darf gesagt werden, dass die Einkünfte der Gemeinde aus der Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen in der Regel vernachlässigbar sind.

16 x 20m pachten wir vom Landheim, f. d. Kneippanlage den Grund f. 5,11 € pro Jahr, wann realisieren wir das Kneippanlage?

Der Pachtvertrag wurde im Jahr 1975 geschlossen. Es ging damals um einen Weg nach Greifenberg, in Verlängerung des Kalbrünnerlweges und die Anlage einer Kneippanlage, die auf der Flurnummer 275 an diesem neuen Weg liegen sollte.

Weder der Weg, noch die Kneippanlage wurden seither realisiert. Am 23.01.2023 erhielt die Verwaltung ein Mail von Herrn Kirsch (Landheim), ob für die beiden Vorhaben noch Bedarf besteht. Im Falle, dass die Gemeinde hier nicht mehr über eine Realisierung nachdenkt, bestünde seitens des Landheims Interesse an einer Auflösung des Pachtvertrages.

Aus Sicht der Verwaltung ist sowohl die Idee der Anlage des Weges, als auch die der Anlage einer Kneippanlage überholt. Eine Entscheidung dazu muss der GR in einer der nächsten Sitzungen treffen.

Beschluss:

Feststellung der Jahresrechnung:

Die örtliche Rechnungsprüfung fand am 23.02.2023 statt. Die Prüfungsfragen wurden aufgeklärt.

Nachdem keine weiteren Feststellungen getroffen wurden, wird vorgeschlagen, die Jahresrechnung 2022 mit dem von der Verwaltung aufgestellten Ergebnis gemäß Art. 102 Abs. 3 GO festzustellen.

Die Jahresrechnung 2022 wird in Einnahmen und Ausgaben

-im Verwaltungshaushalt mit	€ 10.814.201,01
-im Vermögenshaushalt mit	€ 7.486.374,72
-im Gesamthaushalt mit	€ 18.300.573,73

festgestellt.

Die über- und außerplanmäßigen Ausgaben werden nachträglich genehmigt.

Verwahrgelder, Vorschüsse

-Einnahmen	€ 1.335.957,85
-Ausgaben	€ 1.224.323,36
-vorhandene Verwahrgelder	€ 116.579,84
-unerledigte Vorschüsse	€ 4.945,35

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
15	14	14	0

Hinweis:

Für die Entlastung der Jahresrechnung übernimmt der 2. BGM Herr Martin Wagner die Sitzungsleitung.

Beschluss:

Entlastung der Jahresrechnung:

Für die Jahresrechnung 2022 wird gemäß Art. 102 Abs. 4 GO die Entlastung ausgesprochen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
15	14	14	0

Hinweis:

Im Anschluss übernimmt der 1. BGM Alexander Herrmann erneut die Sitzungsleitung.

5. Haushaltsplan 2023

5.1 Haushaltsplan, Haushaltssatzung, Stellenplan 2023

Sachverhalt:

Am Donnerstag sind noch sehr positive Gewerbesteuerbescheid erlassen worden, die die erfreuliche Ansatzhöhung möglich machte. Desweiteren konnten jetzt noch verfügbare Zuwendungszahlen ergänzt werden und den Spendenzusagenbetrag für das First-Responder-Fahrzeug angepasst werden.

Es mussten leider nochmals Änderungen im Ausgabenbereich bzgl. der Stromkosten Rathaus (+14.000 €, Erstattung VG (=Einnahme) + 13.000 €), Kindergarten (+8.000 €) und Straßenbeleuchtung (+25.050 €) vorgenommen werden, da der Kämmerei leider erst am Montag die entsprechenden Rechnungen vorlagen. Die Beträge Zuführung zum Verwaltungshaushalt und die Kreditaufnahme wurden entsprechen angepasst. Die Exceltabelle wird als Anlage aktuell beigefügt. Die pdf-Datei des Haushaltsplanes wird nach Verabschiedung durch den Gemeinderat aktualisiert.

Vorbericht (§ 2 Abs. 2 Nr.1 und § 3 KommHV)

zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023

Der Haushaltsplan wurde in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2022 und neuen Erkenntnissen aufgestellt.

Das Haushaltsvolumen des Verwaltungshaushalts ist um 11,29% gestiegen.

Die Steuerkraft ist relativ gut mit dem Anstieg der Gewerbesteuer um 400.000 € und der Einkommensteuer + 188.800 € ziemlich gut.

Allerdings ist die Schlüsselzuweisung um 208.900 € zurückgegangen.

Eine Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt ist dennoch nicht möglich.

Es müssen 960.350 € vom Vermögenshaushalt zum Verwaltungshaushalt zugeführt werden.

Im Vorjahr waren es 363.600 €.

Ein großer Grund ist der Kindergartenbereich, der mit der Förderung nicht gemeindlicher Kindergärten ein Defizit von 2.280.950,00 € aufweist. Dabei wurden auch die jeweils 2 neuen zusätzlichen Kindergarten- und Krippengruppen im Haushaltsplan und Stellenplan berücksichtigt.

Im Finanzausschuss wurde über Einsparungen von freiwilligen Leistungen (die teilweise bereits im Haushaltsjahr 2023 vorgenommen wurden) im Verwaltungshaushalt und über Gebührenerhöhung, insbesondere der Kindergartengebühren diskutiert.

Dazu das Sitzungsprotokoll der Finanzausschusssitzung vom 06.03.2023, den Verwaltungshaushalt betreffend:

Der Verwaltungshaushalt wird aufgrund des großen Fehlbetrages nochmal durchgearbeitet.

Dabei werden folgende Themen diskutiert bzw. Ansätze verändert:

Die Reinigungszeiten der gemeindlichen Anwesen, wie z.B. Rathaus, Schützenheim OG, sollten verkürzt werden.

Der Zuschuss für Wasserwacht Malteser werden um 1.000 herabgesetzt.

Der Feuerwehretat wird auf 200.000 € gedeckelt.

Die Renovierungsarbeiten an der Schule werden um 25.000 € gekürzt.

Eine Erhöhung der Mittagsbetreuungsgebühren wird angedacht.

Der Kulturetat muss bei 30.000 € bleiben, da bereits im Herbst letzten Jahres Verträge abgeschlossen wurden. In Zukunft muss rechtzeitig im Herbst des Vorjahres ein Konzept vor Vertragsabschluss dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Der Zuschuss für die Fachkraft Senioren muss auf 30.000 € erhöht werden.

Die Kindergarten- und Kinderkrippengebühren können insgesamt um 50.000 € angehoben werden, da jetzt für die neuen Gruppen ansetzbare Zahlen vorliegen.

Für die Bewirtschaftung des Schützenheim können 4.000 € weniger angesetzt werden.

Die Segelsteggebühren sollten angepasst werden.

Aufgrund des Beschlusses von der letzten Sitzung kann der Ansatz für die Straßenreinigung von 35.000 € auf 10.000 € herabgesetzt werden. Der Ansatz für die Grabenräumung wird um 5.000 € reduziert.

Weitere Einsparungen im Jahr 2023 sind aufgrund vertraglicher Verpflichtungen nur sehr schwer möglich. Es müssen aber im Haushaltsjahr 2023 Planungen erfolgen, wie für die kommenden Jahre die laufenden Ausgaben und die Einnahmen erhöht werden können.

Eine Erhöhung der Grundsteuer im Zuge der Reform zum 01.01.2025 wird geplant.

Die Umlagekraft ist von 1.212,33 € auf 1.385,49 € angestiegen.

Die Verwaltungsumlage für die Verwaltungsgemeinschaft steigt um 175.500 € auf 1.175.500 €. Allerdings handelt es sich dabei noch um einen Entwurf; die Summe könnte sich noch reduzieren.

Die Mindestzuführung von 181.800,00 (Tilgungsleistung 2023) wird daher nicht erreicht.

Allerdings wurde im Jahr 2022 eine Zuführung zur Rücklage für die Tilgung von Darlehen, die mit dem Gesamtbetrag fällig werden getätigt. Dies erfolgt in Form eines Bausparvertrages zur Zinssicherung.

Ohne diese Zuführung wäre 2023 keine Kreditaufnahme erforderlich.

Eine Kreditaufnahme ist in diesem Jahr in Höhe von 659.350,00 € geplant.

Davon sind folgende Investitionen rentierbar:

Sanierung des Mietanwesens Wilhelm-Leibl-Platz (Anpassung der Mieten)	450.000 €
Anschaffung First-Responder-Fahrzeug (wird vollständig durch Spenden finanziert)	50.000 €
Umbau/Erweiterung des Rathauses (Anpassung der VG-Miete)	70.000 €
Anschaffung HLF 20 Feuerwehr (Zuschusseingang 2024 v. 119.000 €)	450.000 €
Straßenbaumaßnahme Kirchenäcker (Eingang Erschließungsbeiträge 2024 90 %)	200.000 €
Darlehen Sportvereine (Tilgungen in den Folgejahren)	50.000 €
Umbau Wohnung Obergeschoss Bahnhof (Erhöhung der VG-Miete)	ca. 50.000 €

Der Schuldenstand beläuft sich am Jahresanfang auf 2.027.486,00 € und am Jahresende voraussichtlich auf 2.505.036 €

Zinsausgaben für Kassenkredite fielen im Jahr 2022 keine an. Allerdings mussten für Negativzinsen in Höhe von -19.899,18 € aufgewendet werden.

Der Stellenplan ist in der Anlage ersichtlich.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Die Haushaltssatzung bedarf einer rechtsaufsichtlichen Genehmigung.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den Haushaltsplan, die Haushaltssatzung und den Stellenplan 2023. Die Haushaltssatzung wird als Anlage 1 Bestandteil dieser Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
15	15	13	2

5.2 Finanzplan und Investitionsprogramm 2021 - 2026

Sachverhalt:

Übersicht zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit Anlage 9 zu § 4 Nr. 4 KommHV						Seite 4
	Ergebnisse der letzten	Ansätze aus dem	Ansätze aus dem	Ansätze aus dem Finanzplan für die		
	Jahresrechnung	Haushaltsplan d. Vorjahres	Haushaltsplan	darauffolgenden Haushaltsjahre		
	(Vorvorjahr)	incl. Nachtrag	des Haushaltsjahres			
	2021	2022	2023	2024	2025	2026
1. Zuführung vom Vermögens-						
haushalt (Gr. 86)	0,00 €	0,00 €	0,00 €	595.600,00 €	595.600,00 €	595.600,00 €
abzüglich						
1.1 Zuführung zum Vermögenshaushalt Sonderrücklagen						
1.2 Bedarfszuweisung (UGr. 051)						
1.3 Zuführung vom Vermögenshaushalt	289.313,00 €	363.600,00 €	960.350,00 €			
1.4 Ordentliche Tilgung von Krediten	261.768,00 €	221.800,00 €	181.800,00 €	1.160.000,00 €	293.950,00 €	283.100,00 €
zuzüglich						
1.5 Rückflüsse von Darlehen (Gr. 32)	3.500,00 €	3.500,00 €	3.500,00 €	3.500,00 €	3.500,00 €	3.500,00 €
1.6 Investitionszuschüsse nach Art. 12 FAG (HHSt. 900.361)	110.000,00 €	126.500,00 €	110.000,00 €	125.000,00 €	125.000,00 €	125.000,00 €
1.7. Jährliche pauschale, zweckgebundene Zuweisung						
aus der Feuerschutzabgabe nach Art. 3 BayFwG (UGr. 361)				119.000,00 €		
2. Bereinigtes Ergebnis	-437.581,00 €	-455.400,00 €	-1.028.650,00 €	-316.900,00 €	430.150,00 €	441.000,00 €
Ergänzende Angaben zum VWH						
3. Einmellige Einnahmen aus Zuwendungen und Spenden						
2024: Erschließungsbeitrag Kirchenacker	0,00 €	0,00 €	378.100,00 €	180.000,00 €	0,00 €	0,00 €
4. Einmellige Ausgaben	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Nachrichtliche Angaben						
5. Ausgaben für den Erwerb von bewegliche Sachen						
des Anlagevermögens (UGr. 935)	110.385,00 €	749.000,00 €	795.000,00 €	24.000,00 €	24.000,00 €	24.000,00 €
6. Ausgaben für Baumaßnahmen an Straßen (Nr. 2.42						
AllgZVKommGrPl. aus Gr. 94-96	60.403,00 €	1.147.000,00 €	1.535.000,00 €	200.000,00 €	200.000,00 €	200.000,00 €
7. Außerordentliche Tilgung von Krediten						
8. Pfründen (Leibrenten) für die Abtretung von						
Grundstücken (aus UGGr. 932)						
9. Leasingraten (soweit vermögenswirksam)						
10. Kalkulatorische Abschreibung kostenrechnender						
Einrichtungen (UGr. 680)	614.983,00 €	619.400,00 €	636.450,00 €	636.450,00 €	636.450,00 €	636.450,00 €
Im Jahr 2024 wird das Pfrunddarlehen mit 1.000.000 € getilgt. Dieser Betrag befindet sich bereits in Form eines Bausparvertrages in der Rücklage.						

Diese Übersicht ist auch in der Anlage zum TOP Haushaltsplan ersichtlich.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den Finanzplan und das Investitionsprogramm 2021 – 2026.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend

15

Stimmberechtigt

15

JA

13

NEIN

2

5.3 Entnahme aus der allgemeinen Rücklage 2023

Sachverhalt:

Für die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage am Jahresanfang ist ein Gemeinderatsbeschluss zu fassen.

Beschluss:

Der Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von 5.427.806,92 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
15	15	13	2

**6. Antrag auf Vorbescheid; Neubau eines Einfamilienhauses; Sonnenleite 8; FINr. 332
Gem. Unterschondorf**

Sachverhalt:

Baurechtliche Einordnung:	§ 30 Abs. 1 BauGB Bebauungsplan „Kirchberg-Süd“ Baugebiet gem. BauNVO: W	Flächenberechnung:	<u>Grundfläche:</u> <u>Grundflächenzahl:</u> <u>Geschossfläche:</u> <u>Geschossflächenzahl:</u>
Dachform: Dachneigung:	Satteldach 30°	Vollgeschosse: Firsthöhe:	7,63 m
Abweichungen/Befreiungen:	ja	Stellplätze:	
Örtliche Bauvorschriften:	nein	Erschließung gesichert:	ja

Die Bauherren stellen eine Bauvoranfrage bezüglich des Neubaus eines Einfamilienhauses. Das Bauvorhaben liegt im Geltungsbereich des qualifizierten Bebauungsplans „Kirchberg-Süd“. Es sind Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes beantragt.

Dies betrifft:

- die höchstzulässige Grundfläche (100 m² auf 103 m² -> Überschreitung um ca. 3 m²)
- die Wandhöhe am *höchsten*, natürlichen Geländeanschnitt (6,20 m auf 6,41 m -> Überschreitung um 21 cm)
- Klärung ob von der Wandhöhe am *höchsten*, natürlichen Geländeanschnitt befreit werden kann, da dieser Wert offenbar durch das bestehende Wohnhaus talseitig verändert wurde
- Die Wandhöhe am *tiefsten*, natürlichen Geländeanschnitt (7,60 m auf 7,81 m -> Überschreitung um 21 cm)
- Klärung der möglichen Geschossigkeit i. V. m. den in den Festsetzungen definierten Dachneigungen, alternativ eine Befreiung bezüglich des KG als 3. Vollgeschoss.

Hintergrund der Überschreitungen ist die Argumentation seitens der Bauherren, dass bei den in der Vergangenheit errichteten Bestandsgebäuden im Plangebiet im Falle einer nachträglichen Dämmung auf den, in diesem Gebäude geplanten KfW40-Standard, die gleichen Überschreitungen hinsichtlich der Baumasse der Kubatur auftreten würden.

Es ist allerdings anzumerken, dass diese Betrachtungsweise ein bautechnisches Rahmenfaktum vorwegnimmt, welches die Entwicklung in der Art zu bauen sowie den Umstand der Möglichkeit der Bauherren, das aktuell beantragte Vorhaben größentechnisch

anzupassen und somit die Festsetzungen des Bebauungsplanes einzuhalten, außer Acht lässt.

Nach Rücksprache mit der unteren Bauaufsichtsbehörde ist diese ebenso der Meinung, dass der hier gezogene Vergleich den Umstand ignoriert, dass das beantragte Bauvorhaben durch die Entwicklungen in der Baustofftechnik (effektivere Dämmungsstärken, filigraner auszuführende Außenwände) im Falle einer Befreiung mehr Wohnfläche als das ältere „Vergleichsobjekt“ erhalten würde.

Objektiv würde eine Befreiung von den Festsetzungen der Bemaßungen der Bauleitplanung nicht zur Ausräumung einer Benachteiligung, sondern zur Ermöglichung eines Vorteils (Erhöhung der Wohnfläche) führen.

Es sind Beschlüsse zu fassen, ob das gemeindlichen Einvernehmen nach § 36 BauGB zu den beantragten Befreiungen bzw. dem Bauvorhaben erteilt werden soll.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
15	15	1	14

Hinweis:

Mit der Abstimmung ist der Antrag abgelehnt.

7. Widmung öffentliche Verkehrsflächen Prixgelände, Fl.Nr. 154/4, 154/12, 154/17, 154/18, 154/19, 157/3, 157/3 (Teilbereich nördliche Ringstr. BAll) – muss noch umgewidmet werden), 157/8, 332/45, 332/39, 332/41, Gemarkung Oberschondorf

Sachverhalt:

Die Erschließungsarbeiten im Prixgelände sind abgeschlossen und wurden von der Wüstenrot abgenommen:

- 154/4 (am Alten Anger – entlang Aal)
- 154/12 (Feuerwehruzufahrt im Gelände)
- 154/17 (Eleonore-Weindl-Str. mit Vorplatz)
- 154/18 (Am Alten Anger Feuerwehruzufahrt Unterführung)
- 154/19 (Teilfläche Verbindungsweg Alter Anger zu Eleonore-Weindl-Str.)
- 157/3 (Teilbereich Gehweg Ringstr. wg. Verbreiterung)
- 157/3 (Teilbereich nördliche Ringstr. BAll) – muss noch umgewidmet werden
- 157/8 (Am Alten Anger Teilfläche an Unterführung)
- 332/45 (Alter Anger - Teilbereich Sporthalle)
- 332/39 (Alter Anger – Teilbereich Realschule)
- 332/41 (Alter Anger – zur Uttinger Str.)

Gemarkung Oberschondorf

1. Für folgende Flurnummer ist die Widmung als Ortsstraße erforderlich:

- Fl. Nr. 154/17 (Eleonore-Weindl-Str. mit Vorplatz)
2. Für folgende Flurnummer ist die Umwidmung von einem beschränkt-öffentlichen Weg zu einer Ortsstraße erforderlich:
- 157/3 (Teilbereich nördliche Ringstr. BAll)
3. Für folgende Flurnummern ist die Widmung als beschränkt-öffentlicher Weg erforderlich:
- 154/4 (am Alten Anger – entlang Aal)
 - 154/12 (Feuerwehrezufahrt im Gelände)
 - 154/18 (Am Alten Anger Feuerwehrezufahrt Unterführung)
 - 154/19 (Teilfläche Verbindungsweg Alter Anger zu Eleonore-Weindl-Str.)
 - 157/3 (Teilbereich Gehweg Ringstr. wg. Verbreiterung)
 - 157/8 (Am Alten Anger Teilfläche an Unterführung)
 - 332/45 (Alter Anger - Teilbereich Sporthalle)
 - 332/39 (Alter Anger – Teilbereich Realschule)
 - 332/41 (Alter Anger – zur Uttinger Str.)

Beschluss:

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung für folgende Flurnummer das Widmungsverfahren als Ortsstraße durchzuführen:

- Fl. Nr. 154/17 (Eleonore-Weindl-Str. mit Vorplatz)

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
15	15	14	0

Hinweis:

Das GR-Mitglied Rainer Jünger war bei der Beratung und Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Beschluss:

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung für folgende Flurnummer das Umwidmungsverfahren von einem beschränkt-öffentlichen Weg zu einer Ortsstraße durchzuführen:

- 157/3 (Teilbereich nördliche Ringstr. BAll)

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
15	15	14	0

Hinweis:

Das GR-Mitglied Rainer Jünger war bei der Beratung und Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Beschluss:

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung das Widmungsverfahren für folgende Flurnummer als beschränkt-öffentlichen Weg durchzuführen:

- 154/4 (am Alten Anger – entlang Aal)
- 154/12 (Feuerwehruzufahrt im Gelände)
- 154/18 (Am Alten Anger Feuerwehruzufahrt Unterführung)
- 154/19 (Teilfläche Verbindungsweg Alter Anger zu Eleonore-Weindl-Str.)
- 157/3 (Teilbereich Gehweg Ringstr. wg. Verbreiterung)
- 157/8 (Am Alten Anger Teilfläche an Unterführung)
- 332/45 (Alter Anger - Teilbereich Sporthalle)
- 332/39 (Alter Anger – Teilbereich Realschule)
- 332/41 (Alter Anger – zur Uttinger Str.)

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
15	15	15	0

8. Hybrid-Sitzungen; Anschaffung der Hard- und Software

Sachverhalt:

In der Sitzung vom 19.10.2022 hat sich der Gemeinderat dafür ausgesprochen, die technischen Voraussetzungen für Hybrid-Sitzungen zu prüfen. Im Rahmen einer Teststellung konnte am 28.02.2023 die Tauglichkeit der ausgewählten Lösung überprüft werden.

Das Angebot der Fa. Bissinger gliedert sich in zwei Bereiche.

Die Kosten für die Funk Diskussionsanlage, inklusive Installation und Inbetriebnahme belaufen sich auf brutto 25.733,75 €. Die Kosten für einen 75“ Monitor, der die Bilder der zugeschalteten GR-Mitglieder zeigen soll auf brutto 5.325,25 €. Auch hier ist der Preis inklusive Installation und Inbetriebnahme zu verstehen.

Zusätzlich zur Hardware ist noch eine Lizenz für ein Online-Konferenzsystem zu erwerben. Bei der Auswahl muss darauf geachtet werden, dass das System die DSGVO einhält, sowie darauf, dass es nicht möglich ist, sich unbefugt in die Konferenz zu schalten. Folgende Systeme erfüllen diese Anforderung:

Zoom pro	214,06 €/Jahr
Webex Business	271,32 €/Jahr
Teams, Essential	242,76 €/Jahr (für 5 Lizenzen)
Gotomeeting Professional	153,51 €/Jahr

Die Verwaltung schlägt eine Lizenzierung von gotomeeting professional vor.

Insgesamt ergeben sich für die Bereitstellung von Hard- und Software für die Durchführung von Hybrid-Sitzungen des Gemeinderates **einmalige** Kosten in Höhe von **31.059,00 €**, sowie **jährliche** Kosten von **153,51€**.

Die Einführung hybrider Sitzungen ist freiwillig!

Diskussionsverlauf:

Der GR möchte diesen TOP auf eine nächste Sitzung vertagen.

Der GR bittet die Verwaltung um Recherche bei anderen Gemeinden.

Folgende Punkte müssen fixiert werden für die Umsetzung von Hybrid-Sitzungen:

- maximal festgelegte Anwesenheitsanzahl
- verbindliche Regelung bzgl. der Definition der „wichtigen Gründe“, wann die virtuelle Teilnahme an einer GR-Sitzung für ein GR-Mitglied möglich ist
- es wird sicherlich eine 2. Person für den Support nötig sein
- Anpassung der Geschäftsordnung

Beschluss:

Antrag zur GO, den Tagesordnungspunkt auf eine der nächsten Sitzungen zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
15	15	11	4

9. Abschaffung Spätdienst (16.00 - 17.00 h) in der KiTa Schondorf

Sachverhalt:**Angemeldete Kinder:****Kindergarten: 6 Kinder**

	Montag	Mittwoch	Donnerstag
Gr. 1:	2	2	2
Gr. 2:	2	2	2
Gr. 3:	2	2	2

Krippe: 3 Kinder

	Montag	Mittwoch	Donnerstag
Gr. 5:	2	2	2
Gr. 6:	1	1	1

Tatsächlich anwesende Kinder:

- Kindergarten: 0-2 (maximal) - Kinder gehen spätestens 16.15 / 16.30 Uhr

- Krippe: 0-2 (maximal) - Kinder gehen spätestens 16.15 / 16.30 Uhr

Dringlichkeit der Eltern nur bedingt gegeben; oftmals Luftbuchung und Pufferbuchung bzw. als entspannte Abholmöglichkeit: nicht pünktlich 16 Uhr – sondern 16.15 Uhr

Personal:

Für jeden Spätdienst werden 2 Mitarbeiter*innen benötigt, d.h. 6 Mitarbeiter-Stunden/Woche und pro Einrichtung müssen für wenige Kinder finanziert werden.

Zum 01.03.23 wurden die Einrichtungen (KiGa und Krippe) getrennt und die Umsetzung des Spätdienstes ist in den jeweiligen Einrichtungen nicht mehr möglich.

Zusätzlich kommt hinzu, dass zeitgleich (01.03.23) die Pausenanpassung laut TVÖD umgesetzt werden muss und somit die Mitarbeiter*innen in Vollzeit jeden Tag 15 Minuten weniger in der Einrichtung verbringen, das bedeutet, dass zu wenig Personal in den beiden Einrichtungen für den Spätdienst (16-17Uhr) zur Verfügung steht.

Diskussionsverlauf:

1. Bezüglich der schon erfolgten Abfrage bei den Eltern zur Betreuungszeit zwischen 16:00 Uhr und 17:00 Uhr auf dem Antragsbogen und im Internet gibt es Bedenken seitens des GR, ob das Angebot der Betreuung in dieser Zeit ausreichend ersichtlich und auswählbar war.

GR Helga Gall würde einen Austausch mit dem päd. Personal, dem Elternbeirat befürworten, um ein gutes Gesamtbild zu erhalten.

Der GR Rainer Jünger stellt diesbezüglich einen neuen Antrag zur GO:

Es soll eine neutrale ergebnisorientierte und ergebnisoffene Bedarfsabfrage für die abzudeckende Betreuungszeit von 16:00 Uhr – 17:00 Uhr durchgeführt werden und dann in der nächsten GR Sitzung vorgetragen werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat ist damit einverstanden, diesen TOP vorzuziehen und nach TOP 3 zu behandeln.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
15	15	14	1

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die vorübergehende Einstellung des Spätdienstes (Mo, Mi, Do, 16.00 – 17.00 Uhr) ab 1.4.2023 aufgrund des fehlenden Personals.

Der Kindergarten und die Krippe bietet eine Übergangsbetreuung (freiwillige Überstunden des Personal) noch bis Ende April 2023 an.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
15	15	9	6

Beschluss:

Antrag zur GO durch Herrn Rainer Jünger:

Die Leitung des Kinderhauses und der Krippe wird angewiesen, eine neutrale und ergebnisoffene Beratung und Bedarfsabfrage bei den Eltern hinsichtlich der Betreuungszeit von 16.00 – 17.00 Uhr durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
15	15	13	2

10. Wartung der Hebeanlage im Rathaus durch die Fa. PK-Pumpenservice; Nachtrag zum Auftrag

Sachverhalt:

Die Fa. PK-Pumpenservice hat in den Jahren 2021 und 2022 laut den GR-Beschluss vom 17.06.2020 die Wartung der Hebeanlage im Rathaus durchgeführt.

Am 30.01.2023 erfolgte eine Wartung der Fa. PK-Pumpenservice für das Jahr 2023, allerdings lag hierzu kein Auftrag vor.

Die Firma hat die Wartung mit den gleichen Kondition wie im Vorjahr durchgeführt und diese der Gemeinde in Rechnung gestellt.

Da die Arbeit für dieses Jahr bereits erfolgt ist benötigen wir das Einverständnis des Gemeinderates zur Rechnungsabgleichung.

Die Vergabe der zukünftigen Wartungsarbeiten ist nach Einholung von Angeboten erneut dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Die Ausgabe ist im Haushalt vorgesehen. Allerdings muss der Haushalt (ein Top dieser Sitzung) noch beschlossen und genehmigt werden.

In der vorläufigen Haushaltsführung ist die Ausgabe nicht möglich.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt im Nachtrag den bereits ausgeführten Wartungsarbeiten der Fa. PK-Pumpenservice für die Hebeanlage des Rathauses Schondorf in Höhe der Wartungspauschale von 260,00 € zzgl. den Verbrauchskosten von a) 1x9-Volt-Block-Akku 8,75 € und b) 1x Handschuhe 7,00 € zzgl. 19 % MwSt. entspricht der Gesamtbruttosumme von 328,14 €, zu.

Die Verwaltung wird beauftragt neue Angebote für die zukünftigen Jahre einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
15	15	14	0

Hinweis:

Das GR-Mitglied Andreas Ernst war bei der Beratung und Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.

11. Vergabe von Straßenkehrarbeiten 2023 im reduzierten Umfang

Sachverhalt:

Die reduzierten Straßenkehrarbeiten für das Jahr 2023 wurden bei den Firmen angefragt. Es wurden 6 Kehrtermine mit rund 60 Stunden und 80 Tonnen Kehrgut angenommen.

Für die Angebotsabgabe wurden die beiden günstigsten bietenden Firmen angefragt:

1.	Firma Kirchner, Thaining	14.841,68 EUR brutto
2.		16.005,50 EUR brutto
3.		

Die Arbeiten werden nach tatsächlichem Aufwand abgerechnet und teilen sich wie folgt auf:

- pro Anfahrt = 82,00 EUR netto
- Arbeitsstunde = 82,00 EUR netto
- Container für Kehrgut = 325,00 EUR netto/Stk. (ca.4 Stk)
- Entsorgung Kehrgut = 72,00 EUR netto/t

Die festgelegten Kehrtermine werden auf der Homepage veröffentlicht.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Die Ausgabe ist mit 10.000 € (Finanzausschuss 06.03.2023) im Haushalt vorgesehen. Allerdings muss der Haushalt (ein Top dieser Sitzung) noch beschlossen und genehmigt werden.

In der vorläufigen Haushaltsführung ist die Ausgabe nicht möglich.

Bei der Ausgabe handelt es sich um eine freiwillige Leistung!

Beschluss:

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung für die Straßenkehrarbeiten 2023 die Firma Kirchner, Thaining auf Grundlage ihres Angebots v. 07.03.2023 zu den Einheitspreisen von 82,00 EUR netto/pro Anfahrt, 82,00 EUR netto/Std. für den Einsatz Kehrmaschine, 325,00 EUR netto/Container für die Bereitstellung Container und 72,00 EUR netto-/Tonne für die Entsorgung Kehrgut zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
15	15	9	5

Hinweis:

Das GR-Mitglied Bettina Hölzle war bei der Beratung und Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.

12. Zuschussantrag von GemeINSAM für den Arbeitsplatz des Sozialmobilmfahrers

Sachverhalt:

Der Verein GemeINSAM stellt einen Antrag auf Zuschuss für den Arbeitsplatz des Sozialmobilmfahrers.

Bis letztes Jahr wurden € 5.500,- gezahlt. Im letzten Jahr wurde der Betrag auf € 6.000,- erhöht. Der Anteil der Schondorfer Fahrten im Jahr 2022 betrug 49,26 % (Erhöhung um über 10 %).

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Die Ausgabe ist im Haushalt vorgesehen.

Die Zahlung kann erst nach Beschluss und Genehmigung des Haushaltes erfolgen.

Die Ausgabe ist eine freiwillige Leistung der Gemeinde!

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Zahlung eines Zuschusses für den Arbeitsplatz des Sozialmobilmfahrers in Höhe von € 6.000,-.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
15	15	14	0

Hinweis:

Das GR-Mitglied Martin Wagner war bei der Beratung und Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.

13. Ernennung eines Beauftragten für das "Bürgerbudget"

Sachverhalt:

In der Gemeinderatssitzung am 1. März 2023 wurde mitgeteilt, dass Frau Jo-Ann Meding ihr Amt als Beauftragte für das Bürgerbudget zurückgegeben hat. Zugleich hat Herr David Weingartner seine Bereitschaft bekundet, das Ehrenamt „Beauftragter für das Bürgerbudget“ zu übernehmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat entspricht dem Wunsch von Frau Jo-Ann Meding und entbindet sie vom Amt als Beauftragte für das Bürgerbudget.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
15	15	14	0

Hinweis:

Das GR-Mitglied Martin Wagner war bei der Beratung und Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Beschluss:

Der Gemeinderat bestellt Herrn David Weingartner als neuen Beauftragten für das Bürgerbudget.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
15	15	13	1

Hinweis:

Das GR-Mitglied Martin Wagner war bei der Beratung und Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.

14. Informationen an den Gemeinderat / Verschiedenes**15. Bericht über den Sitzungsvollzug der letzten Gemeinderatssitzung, öffentlicher Teil****Sachverhalt:**

- "Ideen für Schondorf" Bürgerbudget – Schreiben an Antragsteller erl.; Kasse und techn. BA sind informiert
- Erlass einer Veränderungssperren-Satzung für den in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan "Landsberger Straße-Mitte" – Satzung ist ausgefertigt; Aushang erl. seit 09.03.2023
- Bauanträge – gingen an LRA
- Antrag auf Vorbescheid; Errichtung eines Doppelhauses und eines 6-Familienhauses mit Garagen und Stellplätzen, Landsberger Str. 41, FlNr. 1089 Gem. Oberschondorf – Antragsteller ist informiert
- Antrag auf Vorbescheid; Neubau eines 2-Familienwohnhauses mit Doppelgarage und Stellplatz; Am Seeberg 10; FlNr. 367/3; Gem. Unterschondorf – Antragsteller ist informiert
- Antrag der Stockschützenabteilung des TSV 1920 Schondorf e.V. auf Zuschuss zur Renovierung der Stockschützenhütte – Kasse und Kämmerei sind informiert
- Antrag der Tennisabteilung des TSV 1920 Schondorf e.V auf Bezuschussung des Baus eines sechsten Tennisplatzes – Antragsteller waren da, noch keine schriftliche Info
- Vergabe von Straßenkehrarbeiten für das Jahr 2023 – neues Angebot in dieser Sitzung
- Reparaturarbeiten 2023 Hansa-Kommunalfahrzeug Bauhof – Info ging an techn. BA
- Zuschussantrag Schulwerk der Diözese Augsburg für die Schüler/innen des Rhabanus-Maurus-Gymnasiums St.-Ottilien – Schreiben ging an Schule

16. Verschiedenes, Wünsche und Anträge**Diskussionsverlauf:**

GR Bettina Hölzle fragt nach dem Termin der nächsten Bürgerversammlung.

Die Sitzung endet um 22:46 Uhr

Für die Richtigkeit der Niederschrift

Gemeinde Schondorf am Ammersee

Vorsitzender

Alexander Herrmann
Erster Bürgermeister

Jana Lochner
Schriftführerin